

Kapitalmärkte Blickpunkt

LBBW Research | Gruppe

Ursachen der Produktivitäts- schwäche Baden-Württembergs

In aller Kürze:

- Baden-Württemberg leidet an einer ausgeprägten Produktivitätsschwäche.
- Fehlende Investitionen in (digitale) Infrastruktur und eine exzessive Bürokratie tragen dazu bei.
- Qualifizierte Zuwanderung und Förderung von FuE-Projekten wären Innovationen förderlich.

Dr. Guido Zimmermann

4111 Strategy/Macro
+49 711 127-71640
guido.zimmermann@LBBW.de

David Meeh

4112 Research für Privat- und Unternehmenskunden
LBBW Research Associate
david.meeh@LBBW.de

LBBWResearch@LBBW.de
www.LBBW.de/Research

Einleitung

Baden-Württemberg leidet wie ganz [Deutschland](#) unter einer ausgeprägten Produktivitätsschwäche. Die Gründe dafür sind komplex. Zum einen, weil es nicht die eine Ursache hierfür und die eine Stellschraube zur Erhöhung des Produktivitätswachstums gibt. Zum anderen, weil nicht nur harte Faktoren wie die Infrastruktur, sondern auch weiche Faktoren wie Motivation, Veränderungsbereitschaft und Risikofreude auf unterschiedliche Weise auf die Produktivität einwirken. Die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital und deren Einflüsse interagieren zudem mit dem Produktivitätswachstum.

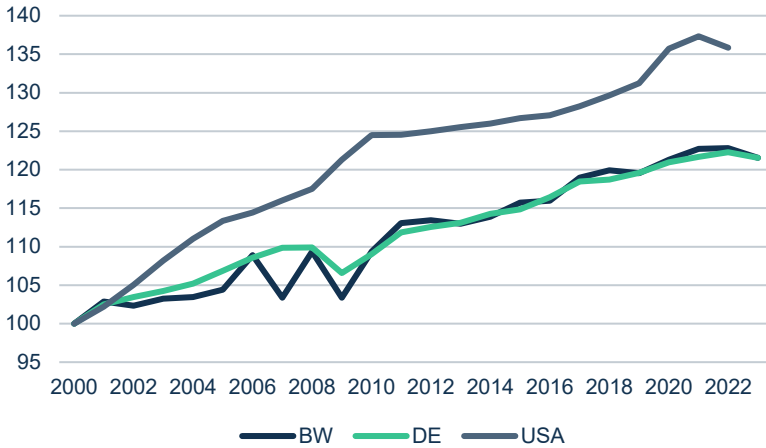
Wir wollen im Folgenden die Ursachen der Produktivitätsschwäche Baden-Württembergs im internationalen Vergleich und mögliche Maßnahmen zu dessen Erhöhung herausarbeiten. Dabei zeigt sich ein Muster von Stärken und Schwächen für das Bundesland, aus denen wir eine Vorwärtsstrategie entwickelt haben: Die „Operation P“ für Baden-Württemberg.

Produktivitäts- schwäche Baden- Württembergs

Produktivitätsschwäche

Die Produktivität eines Landes, gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätigenstunde, gilt als Schlüsselindikator für dessen wirtschaftliche Stärke. Abb.1 zeigt, dass Baden-Württemberg dabei – im Gleichschritt mit der Entwicklung in Gesamtdeutschland – schon seit vielen Jahren deutlich hinter dem Innovationsführer, den USA, hinterherhinkt.

Abb. 1: Arbeitsproduktivität im Ländervergleich

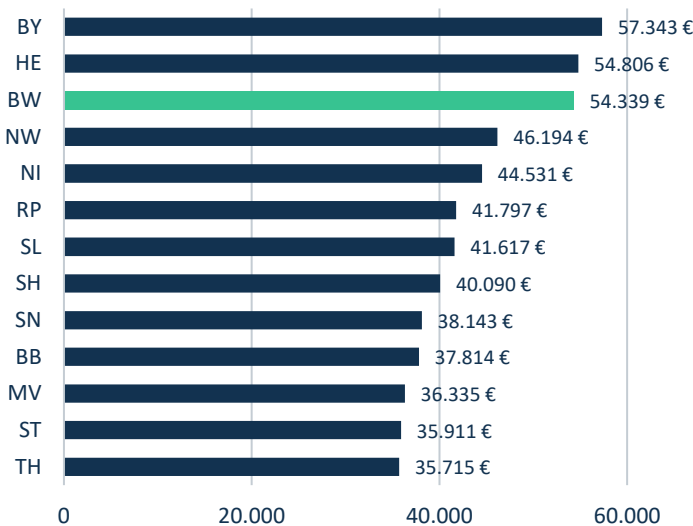


Produktivitäts-
rückstand
gegenüber
den USA

Quelle: OECD, Destatis, Statistisches Landesamt, LBBW Research, Index: 2000=100

Zur Berechnung der Produktivität sind zwei Kennzahlen von Bedeutung: Zum einen das Bruttoinlandsprodukt eines Landes, zum anderen die Anzahl der Erwerbstätigenstunden. Betrachtet man in Abbildung 2 die Flächenstaaten, so steht Baden-Württemberg beim BIP pro Kopf an dritter Stelle hinter Bayern und Hessen.

Abb. 2: BIP pro Kopf der Flächenländer im Vergleich, 2023



Baden-
Württemberg
mit dritthöchstem
BIP pro Kopf

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, LBBW Research

Vergleicht man die Gesamtzahl der Erwerbstätigenstunden in Stunden pro Erwerbstätigen und Arbeitstag, so zeigt sich, dass die Erwerbstätigen, einschließlich Teilzeitarbeitenden, in Deutschland und Baden-Württemberg lediglich knapp 5,3 Stunden täglich arbeiten, im Gegensatz zu mehr als sechs Stunden, die Beschäftigte in den USA durchschnittlich pro Tag arbeiten.

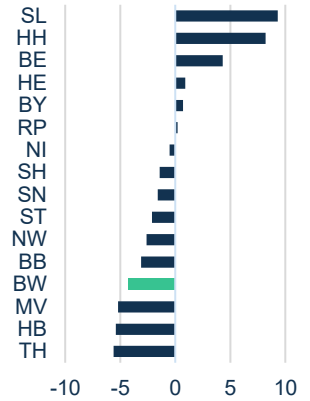
Bildungsergebnisse schwächer

Das Bildungsniveau eines Landes zählt zu den wichtigsten Determinanten des Produktivitätswachstums. Denn dieses bestimmt das sogenannte **Humankapital**, den Beitrag des Ausbildungs- und Gesundheitsniveaus der Erwerbstätigenbevölkerung. Humankapital ist eine Quelle für die Schaffung von Ideen. Humankapital und Ideen beeinflussen die Innovationen und damit das Produktivitätswachstum eines Landes.

Ein Blick auf den **INSM-Bildungsmonitor 2024** zeigt (Abb. 3), dass Baden-Württemberg im Zeitraum von elf Jahren (2013 bis 2024) hier nahezu fünf Indexpunkte verloren hat und damit inzwischen lediglich Platz fünf in einem Bundesländervergleich belegt. 2017 belegte Baden-Württemberg noch auf Platz vier. Die Ursachen hierfür sind **vielfältig**.

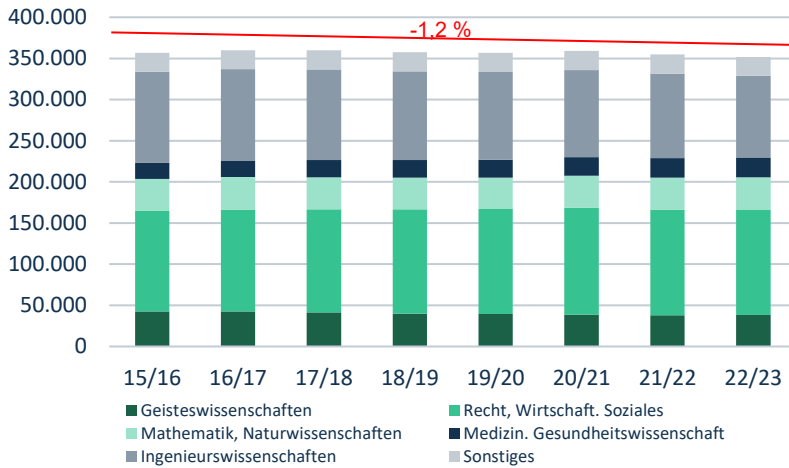
Laut dem **ifo-Bildungsbarometer 2024** bewerten lediglich 31 Prozent der Befragten aus Baden-Württemberg, allgemeinbildende Schulen in ihrem Bundesland als „gut“ oder „sehr gut“. Damit liegt Baden-Württemberg zwar über dem bundesweiten Durchschnitt, allerdings immer noch hinter Bayern, Hamburg und Sachsen.

Abb. 3: Veränderung des Index des INSM-Bildungsmonitors, 2013-2024



Quelle: INSM Bildungsmonitor

Abb. 4: Anzahl der Studenten nach Studiengängen



Quelle: Statistisches Landesamt, LBBW Research

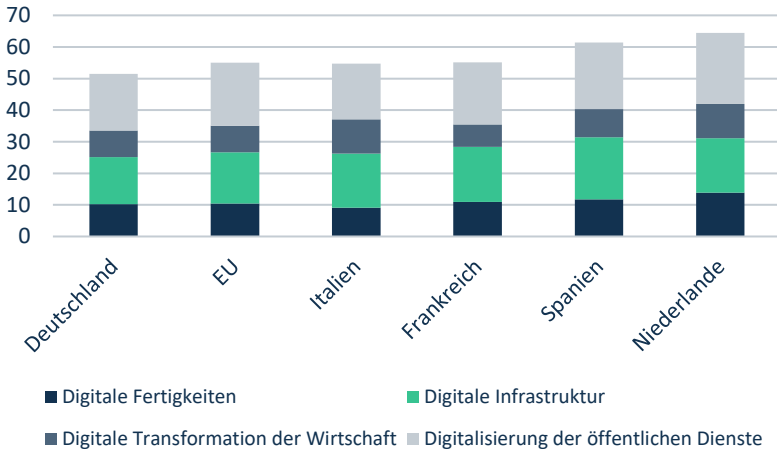
Bedenklich ist auch die Entwicklung der Anzahl der Studenten, die in den letzten Jahren stagnierte. Im Vergleich zu 2015 nahm diese in Baden-Württemberg um 1,2 % ab. Zwar verzeichnet Baden-Württemberg immer noch einen Spitzenplatz bei der MINT-Bildung der naturwissenschaftlichen Fächer. In den MINT-Fächern war die Abnahme der Anzahl der Studenten aber noch deutlicher als die der Gesamtanzahl an Studenten. Hier nahm die Anzahl der Studenten in den letzten sechs Jahren um 8,2 % ab. Dies ist besonders kritisch zu sehen, da Absolventen der MINT-Studiengänge für die Zukunft des Industriestandorts Baden-Württemberg besonders wichtig sind.

Aufholbedarf bei Digitalisierung

Die Digitalisierung eröffnet weitreichende Perspektiven für Produktivitätssteigerungen – sei es über Kostensenkungen oder über neue Geschäftsmodelle. Deutschland hat bekanntermaßen einen erheblichen Nachholbedarf im Bereich der Digitalisierung.

Gemäß dem **DESI-Index** der Europäischen Kommission, der den Digitalisierungsgrad der EU-Länder misst, liegt Deutschland im Vergleich der fünf größten EU-Länder (gemäß gemessen am Bruttoinlandsprodukt) auf dem letzten Platz und unterhalb des EU-Durchschnitts.

Abb. 5: Digitalisierungsgrad der EU-Länder, 2024, DESI-Index

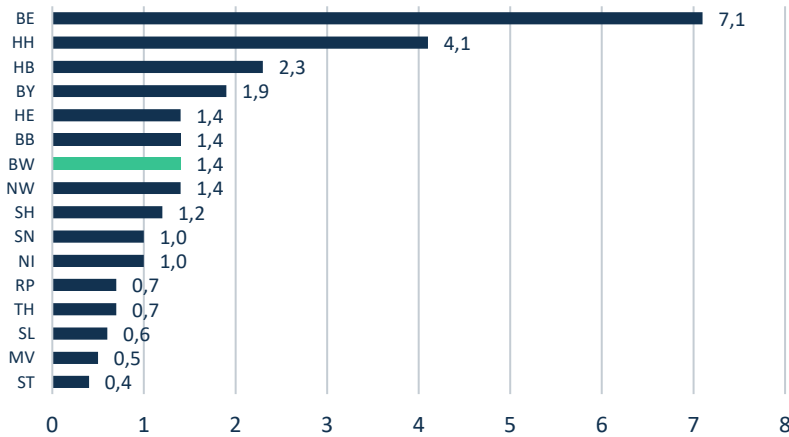


Quelle: Europäische Kommission

Zwar erreicht Baden-Württemberg, laut dem [Innovationsindikator 2024](#) in den Feldern moderne Produktionstechnologien, Energie sowie Kreislaufwirtschaft den zweiten Platz weltweit, liegt allerdings bei Digitalisierungstechnologien und insbesondere bei neuen Materialien und Biotechnologie weit zurück.

Gemäß dem [Länderindex 2024](#) des Verbands der Internetwirtschaft Bitkom liegt Baden-Württemberg unter den deutschen Bundesländern bei der Digitalisierung lediglich auf dem vierten Platz. Noch ungünstiger gestaltet sich die Lage im Bereich der digitalen Infrastruktur, in dem das Bundesland auf dem neunten Rang liegt. Laut [OECD](#) gilt eine verlässliche Infrastruktur – einschließlich hochwertiger Breitband- oder Mobilfunknetze – als Voraussetzung für Innovationen. Folge einer guten digitalen Infrastruktur ist eine Zunahme an Gründungen.

Abb. 8: Start-up-Gründungen pro 100.000 Einwohner, Jan-Jul 24

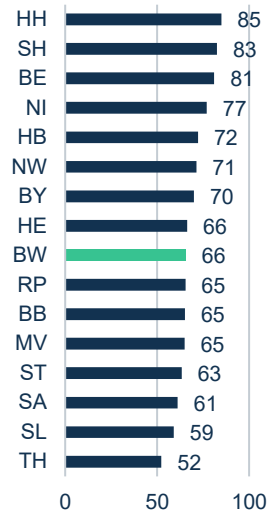


Quelle: Start-up-Verband. LBBW Research

Betrachtet man die Städte Deutschlands, die Zugang zu schnellem Breitband-Festnetz mit einer Datenübertragungsrate von mehr als 100 Mbit/s haben (Abb. 7), so sind es vor allem die etablierten Innovationszentren München und Hamburg, die die meisten [Unternehmensgründungen](#) pro Kopf verzeichnen. Baden-Württemberg nimmt mit 1,4 Start-up-Gründungen pro 100.000 Einwohner im ersten Halbjahr 2024 lediglich den siebten Platz ein.

In den Augen der Bürger ist die digitale Verwaltung die größte Baustelle, auch wenn Baden-Württemberg diesbezüglich bei einem Bundesländervergleich im [Mittelfeld](#) der Leistungsfähigkeit liegt: Rund 57 % der Bürger sehen hier Nachholbedarf.

Abb. 6: Index „Digitale Infrastruktur“



Quelle: Bitkom

Abb. 7: Städte mit Datenübertragungsrate >100 Mbit/s



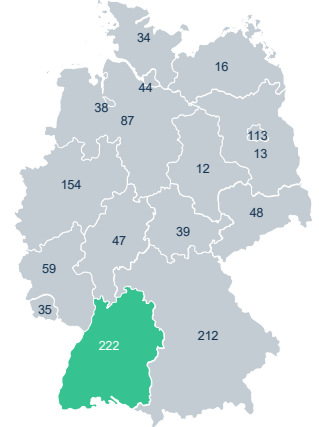
Quelle: OECD

Positiv hervorzuheben ist allerdings, dass die Städte in Baden-Württemberg laut dem [Bitkom Smart City Index 2024](#) deutlich besser abgeschnitten haben als der Durchschnitt. Unter den Top 20 des Smart City Index 2024 waren vier Städte aus Baden-Württemberg (Karlsruhe, Freiburg, Stuttgart und Ulm).

In Baden-Württemberg und Bayern schlägt das Herz der Industrie in Deutschland. Methoden der künstlichen Intelligenz (KI) sind für deren Zukunft essenziell. Nicht nur, weil Methoden der analytischen KI und der Robotik eine extrem große Bedeutung für die Industrie 4.0 haben, sondern auch, weil Methoden der generativen KI in Büros und Fabriken Einzug halten. Erfreulich ist, dass Baden-Württemberg das Bundesland mit den meisten Unternehmen mit KI-Projekten ist (Abb. 9). Diese Entwicklung weiter zu fördern, wünscht sich 23 % der Bürger.

KI-Hotspot Baden-Württemberg

Abb. 9: Anzahl der Unternehmen mit KI-Projekten, nach Bundesländern



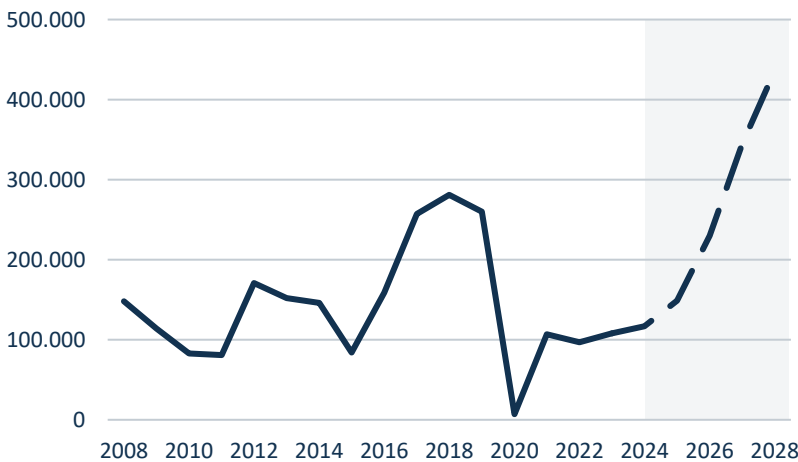
Quelle: LBBW Research, www.plattform-lernende-systeme.de

Fachkräftemangel als Risiko

Mit Fachkräftemangel ist aktuell fast jedes Unternehmen in Baden-Württemberg konfrontiert. Schätzungen prognostizieren einen Anstieg auf 436.000 fehlende Fachkräfte bis zum Jahr 2028. Die demographische Alterung der Bevölkerung ist der wichtigste Grund für den Fachkräftemangel. Die Zahl von Beschäftigten, die in den Ruhestand treten, nimmt zu, während weniger Junge nachkommen, um die entstehenden Vakanzen zu besetzen: Im Jahr 2022 erreichte das Geburtendefizit mit mehr als 20.000 einen neuen Höchststand.

Abb. 10: Fachkräftemangel in Baden-Württemberg

Geschätzte Anzahl fehlender Fachkräfte



Quelle: Fachkräftemonitoring BW

Um den Fachkräftemangel zu lindern, ist es unerlässlich, die hohe Teilzeitquote zu reduzieren und die Arbeitszeiten zu erhöhen. 2023 lag die Teilzeitquote in Baden-Württemberg bei 27,5 %, darunter waren 80,1 Prozent Frauen. Auch im Jahr 2024 bleibt die Aufgabe der Kinderbetreuung immer nämlich noch ganz überwiegend an Frauen hängen.

Mangel an Fachkräften verschärft sich

Hohe Teilzeitquote

Das ist auch das Resultat der Tatsache, dass in Deutschland fast mehr als 3400.000 Kitaplätze fehlen. In Baden-Württemberg fehlen 45.100 [Kita-Plätze](#).

Bürokratie bremst Wachstum

Neben Rückständen in der Bildung und der Digitalisierung liegen weitere Gründe für die Produktivitätsschwäche Baden-Württembergs in der hohen Steuerbelastung im internationalen Vergleich und der generellen bürokratischen Regelungsdichte in Deutschland. Dabei belasten sowohl bundeseinheitliche als auch landesspezifische Faktoren Baden-Württemberg. Mehr als 55 Prozent der Gründer nennen laut [KfW-Gründungsmonitor 2024](#) in Deutschland bürokratische Hürden und Verzögerungen als Hemmnis Nummer Eins.

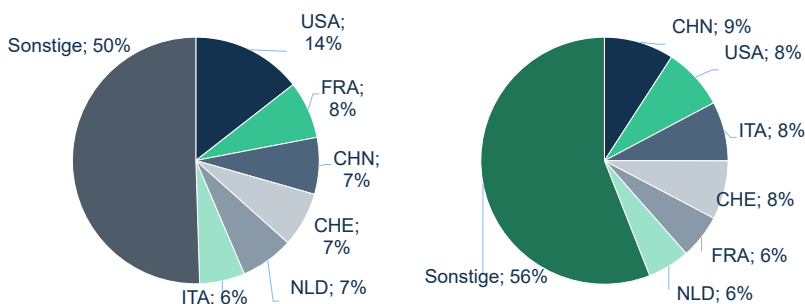
Die baden-württembergische Landesregierung hat daher einen sehr begrüßenswerten ["Masterplan zur Verwaltungsreform"](#) entwickelt. Dieser Plan zielt darauf ab, in sogenannten „Praxis-Checks für Bürger“, im Austausch mit direkt Betroffenen bürokratische Hemmnisse zu durchleuchten und dabei konkrete Lösungen zur Vereinfachung und zum Bürokratieabbau entwickeln.

Risiko Deglobalisierung

Der Außenhandel kann auf indirekte Art und Weise einen positiven Beitrag zum Produktivitätswachstum leisten. Denn ein verstärkter Außenhandel dient durch die implizite Offenheit und Vernetzung der Volkswirtschaften als Innovationspeitsche für die Unternehmen: sie sind gezwungen zu produktiver zu sein, um gegen die globale Konkurrenz zu bestehen.

Abb. 11: Mit wem betreibt Baden-Württemberg Außenhandel?

Exportländer (l. S.) und Importländer (r. S.), 2023, Anteile in %



Quelle: Statistisches Landesamt, Destatis, LBBW Research

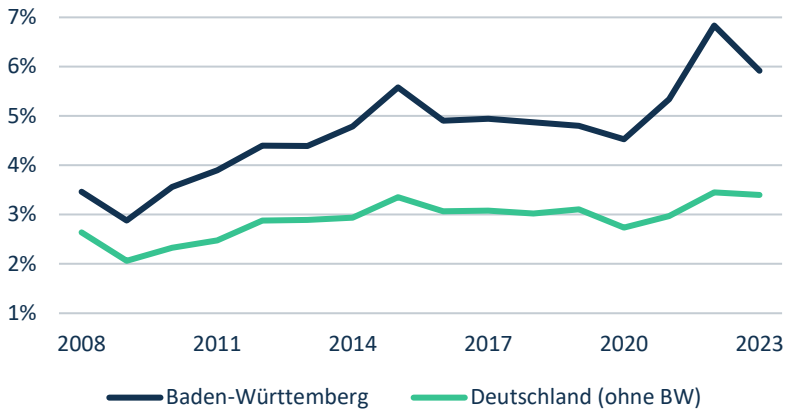
Baden-Württemberg ist das führende Exportland Deutschlands. Daher wird das Bundesland vom Trumpschen [Protektionismus](#) besonders betroffen sein. Die Abhängigkeit des Bundeslands von Exporten nach USA liegt bei 6% des regionalen BIP, deutlich höher noch als die ohnehin schon hohe Abhängigkeit Deutschlands insgesamt. Hinzu kommt, dass regionale Unternehmen vermehrt versuchen werden, in den USA zu investieren, um hinter die dort zu errichtenden Zollmauern zu schlüpfen. Das könnte die regionale Rezession der Industrie noch verschärfen. Aber auch von der Wirtschaftsschwäche in China ist das Bundesland stark abhängig. Die Deglobalisierungstendenzen der Weltwirtschaft sind damit neben der demographischen Alterung das Hauptrisiko für den Standort.

Bürokratie als
Hindernis für
geschäftliche
Aktivitäten

USA und China
als wichtigste
Handelspartner

Deglobalisierung
als Hauptrisiko
für den Standort

Abb. 12: US-Exportquote Baden-Württemberg, Deutschland



Quelle: Destatis, LBBW Research

Fazit: Operation P für BW!

Produktivitätsampel

Wo steht Baden-Württemberg beim Produktivitätswachstum? Welche seiner Determinanten sind positiv, welche sind negativ zu bewerten? Die von uns untersuchten Faktoren gießen wir in ein Ranking (Abb. 13) mit den drei Kategorien „unterdurchschnittlich“, „durchschnittlich“, und „überdurchschnittlich“. Diese Produktivitätsampel soll lediglich als Orientierung dienen. Denn sie kann natürlich nicht die Vielschichtigkeit des Problems in adäquater Weise abbilden:

Aufgrund der gesunkenen Resultate in der Bildung in Baden-Württemberg, der immer geringeren Anzahl an Studenten in MINT-Fächern, und dem Lehrfachkräftemangel stufen wir Baden-Württemberg in der Kategorie **„Bildung“** als „unterdurchschnittlich“ ein.

Die unzureichende digitale Infrastruktur – insbesondere im internationalen Vergleich – belastet den Standort und trägt zu einer geringeren Anzahl an Start-up-Gründungen pro Kopf bei. Da Baden-Württemberg aber durch Investitionsprogramme wie das „KI-Innovation Lab“ oder das „Cyber Valley“ auch im digitalen Bereich wertvolle Impulse setzt, und die Industrie ganz wesentlich neue technologische Anwendungen wie KI einsetzt, stufen wir Baden-Württemberg in der Kategorie **„Digitalisierung“** als „durchschnittlich“ ein.

Das Investitionsklima könnte sich in Baden-Württemberg sicher noch verbessern. Allerdings sind die [FuE-Investitionen](#) der Unternehmen im Land im Bundes- und europäischen Vergleich am höchsten. FuE-Investitionen sind einer der wesentlichen Faktoren, wie das Produktivitätswachstum gehoben werden kann. Selbst die USA liegen hier hinter Baden-Württemberg. Das Land wird von uns daher in der Kategorie **„Investition“** als „überdurchschnittlich“ eingestuft wird.

Zumindest im internationalen Vergleich liegen Deutschland und Baden-Württemberg bei der **„bürokratischen Belastung“** für die Unternehmen vorne. Wir stufen das Land hier als „unterdurchschnittlich“ ein.

Der steigende **Fachkräftemangel** und dessen Bedeutung für die Industrie in Baden-Württemberg, die hohe Teilzeitquoten sowie das hohe Geburtendefizit führen zu einem „unterdurchschnittlichen“ Rating in dieser Kategorie.

Die hohe Exportquote und der Handelsbilanzüberschuss führen in der Kategorie **„Handel“** zu einem „überdurchschnittlichen“ Rating. Dennoch gilt es die geopolitische Lage, vor allem in Bezug auf die USA und China, genauestens zu beobachten.

Baden-Württemberg stark betroffen von US-Protektionismus

Abb. 13: Produktivitätsampel BW



Quelle: LBBW Research

Was kann wirtschaftspolitisch getan werden?

Vor dem Hintergrund der vielfältigen Herausforderungen im Rahmen der grünen und der digitalen Transformation des Bundeslandes sollte alles dafür getan werden, Wege zu finden, die das Wirtschafts- und Produktivitätswachstum Baden-Württembergs revitalisieren können.

Baden-Württemberg war und ist ein starkes Exportland. Die Globalisierung ändert sich aber in ihrer Struktur – sie ist stärker durch geo- und handelspolitische Konflikte und Entwicklungen geprägt als früher, sie wird digitaler, und die Produkte selbst ändern sich in ihrem Komplexitätsgehalt: Software bestimmt zunehmend die Produkte und KI schreibt zunehmend Software. Nur wer digital leistungsfähig ist, kann künftig bestehen. Wir plädieren daher für eine digitalisierungsgetriebene „**Operation P**“ (P für Produktivität) für das Land Baden-Württemberg.

Bestimmen Gesetze und institutionelle Anreize wie Steuern den Einsatz der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital, so sind die Quellen des Produktivitätswachstums wesentlich unklarer. Das Produktivitätswachstum gilt gemeinhin als „Maß der Ignoranz“ der Wachstumsforschung. Es ist schwierig zu messen und man weiß nicht wirklich, wie man es systematisch heben kann – nicht zuletzt, weil es nicht eine einzige Stellschraube gibt, mit der sich die Produktivität beeinflussen lässt, sondern viele interagierende Schrauben. Die Politik hat aber auch hier über die Setzung von Anreizen viele Einflussmöglichkeiten. Die [institutionelle Flexibilität](#) bestimmt maßgeblich das Produktivitätswachstum. Im Folgenden soll erörtert werden, wie Baden-Württemberg diesen aktuellen Herausforderungen begegnen kann.

Der CEO von Microsoft, Satya Nadella, sieht in diesem Zusammenhang das Wirtschaftswachstum eines Landes als das Ergebnis von Bildung, Innovationen und der Intensität von (digitalen) Technologieanwendungen.

Abb. 14: Die Formel für mehr Wachstum in BW

$(\text{Bildung} + \text{Innovation}) \times \text{Intensität der Technologieanwendungen} = \text{Wirtschaftswachstum}$

Quelle: Satya Nadella

Folgt man dieser Formel für Baden-Württemberg, so ist klar, was zu tun ist: Der Fokus muss verstärkt auf der Bildung, der Förderung von Innovationen und der Anwendung neuer Technologien liegen.

Die digitalen Fähigkeiten der Bevölkerung müssen gestärkt werden. Hierfür bedarf es auch eines umfassenden Zugangs der Bevölkerung zu Internet-Konnektivität und Cloud-Computing.

Grundsätzlich sollte die Politik dabei helfen, ein günstiges regulatorisches Umfeld für die innovative Einführung und Nutzung von Technologien zu schaffen. Hierbei kann eine tiefere Vernetzung von Technologiezentren helfen, um so die Entwicklung von Software, die als generellem Inputfaktor für Branchen und Produkte dient, voran zu treiben. Anzudenken wäre auch die Schaffung von experimentellen „Sonderwirtschaftszonen“, um verschiedene Anreizmechanismen für Unternehmen zu testen. Die „Cyber Valley“-Initiative des Landes ist hier ein sehr guter Anfang. Die Digitalisierung der Verwaltung sollte derweil massiv vorangetrieben werden.

Fokus muss für die Akteure in Staat, Verwaltung und Privatwirtschaft letztendlich die Suche nach den Antworten auf die Frage sein: „Wo können wir in Baden-Württemberg die Besten der Welt sein?“ In diesem Kontext erscheinen uns Maßnahmen zur Förderung der Implementierung von künstlicher Intelligenz als die wichtigste Option. Denn KI ist eine Basistechnologie wie die Elektrizität. Baden-Württemberg muss

Digitalisierung als
neue
Globalisierung

Operation P für
BW

Die Formel für
mehr Wachstum

Bildung

Digitale
Infrastruktur und
Verwaltung

alles dafür tun, um die Voraussetzungen für die Anwendungen dieser neuen Technologie zu schaffen.

Die erfolgreiche Implementierung von konkurrenzfähiger KI fußt auf folgenden Pfeilern. Zunächst einmal der Verfügbarkeit von **Daten**. Die Politik sollte sich daher verstärkt dafür einsetzen, die Datenschätze der öffentlichen Verwaltung und des Gesundheitssystems zu heben, und einen pragmatischeren Umgang mit dem Datenschutz in Wirtschaft und Gesellschaft zu befördern als bislang. Neben den notwendigen Datenschutzbeauftragten wären eigentlich auch „KI-Chancen-Beauftragte“ notwendig, die gerade KMU bei der Implementierung von KI begleiten.

Die Schaffung guter Standortvoraussetzungen für **Datenzentren und die KI-Forschung** ist eine zweite Notwendigkeit. Hier ist zum Glück bereits vieles sehr gelungen auf den Weg gebracht – etwa mit der [Cyber Valley-Initiative](#) des Landes, dem IPAI-Zentrum in Heilbronn, dem ["KI-Innovation-Lab"](#), sowie der herausragenden universitären Forschung. Aber das Bundesland sollte versuchen, eine noch größere Vernetzung der Institutionen und Unternehmen herbeizuführen. Die Start-up-Förderung sollte verbessert und Cluster-Initiativen für eine [\(grüne\) Industrie 4.0](#) von der Landesregierung in die Hand genommen werden, da Baden-Württemberg hier beste Voraussetzungen mitbringt.

Konkurrenzfähige KI-Modelle und Datenzentren benötigen viel **Strom**. Eine Stärkung des KI-Industriezweigs führt zu einem erhöhten Strombedarf. Dieser muss gedeckt werden, wofür ein Ausbau der Strominfrastruktur und der Stromproduktion erfolgen muss. Der Ausbau grüner Energien muss unter anderem durch regulatorische Vereinfachungen seitens der Bundesregierung vorangetrieben werden.

KI wird ohne die diesbezügliche **Aus- und Weiterbildung** von heimischen Talenten und die **Zuwanderung** von Fachkräften nicht gelingen. Die Politik muss daher die Bildungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten verbessern. Die bürokratischen Hürden für Fachkräfte aus dem Ausland müssen sinken. Diese Fachkräfte müssen zudem irgendwo wohnen. Ohne ein adäquates Angebot an **Wohnraum** und vermehrtes Bauen und Investitionen in [Kita- und Kindergartenplätzen](#) werden Fachkräfte nicht nach Deutschland kommen wollen. Während die Unternehmen Baden-Württembergs sehr wahrscheinlich bei der monetären Entlohnung von KI-Experten mit der Konkurrenz aus dem Silicon Valley mithalten können, müssen zumindest die anderen Entscheidungsfaktoren für eine Tätigkeit in Deutschland stimmen.

Abb. 15: Wirtschaftspolitische Instrumentenkasten

Wirtschaftspolitische Maßnahme	Empirische Evidenz	Nettonutzen	Zeitliche Wirkung
FuE-Steuerfreibeträge	Hoch	Hoch	Kurzfristig
Qualifizierte Zuwanderung	Hoch	Hoch	Kurz- bis Mittelfristig
Förderung Außenhandel und Wettbewerb	Mittel	Hoch	Mittelfristig
Direkte FuE-Subventionen	Mittel	Mittel	Mittelfristig
Förderung MINT-Fächer Universitäten	Mittel	Mittel	Langfristig
Steuerliche Förderung von Patenten	Mittel	Negativ	Unbekannt
Forschungsanreize für Universitäten	Niedrig	Niedrig	Mittelfristig
Spezifische Innovationsprojekte	Niedrig	Niedrig	Mittelfristig
Reform der Rechte intellektuellen Eigentums	Niedrig	Unbekannt	Mittelfristig

Quelle: Bloom/Van Reenen/Williams (2019), LBBW Research

Die neuere [Forschung](#) weist zudem darauf hin, dass die staatliche Förderung von FuE-Aktivitäten positiv auf das Produktivitätswachstum wirkt. Abbildung 15 zeigt hier einen evidenzbasierten Instrumentenkasten für die Wirtschaftspolitik zur Förderung von Innovationen: Die steuerliche Förderung von FuE, die Erhöhung der qualifizierten Zuwanderung, sowie die Förderung des Außenhandels und des Wettbewerbs auf den Gütermärkten versprechen wirtschaftspolitisch den höchsten Nettonutzen. Diese Maßnahmen wirken auch relativ schnell.

Voraussetzungen für KI

Qualifizierte Zuwanderung

Förderung FuE

Disclaimer

Diese Publikation richtet sich ausschließlich an Empfänger in der EU, Schweiz und Liechtenstein.

Diese Publikation wird von der LBBW nicht an Personen in den USA vertrieben und die LBBW beabsichtigt nicht, Personen in den USA anzusprechen.

Aufsichtsbehörden der LBBW: Europäische Zentralbank (EZB), Sonnemannstraße 22, 60314 Frankfurt am Main und Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), Graurheindorfer Str. 108, 53117 Bonn / Marie-Curie-Str. 24-28, 60439 Frankfurt.

Diese Publikation beruht auf von uns nicht überprüfbaren, allgemein zugänglichen Quellen, die wir für zuverlässig halten, für deren Richtigkeit und Vollständigkeit wir jedoch keine Gewähr übernehmen können. Sie gibt unsere unverbindliche Auffassung über den Markt und die Produkte zum Zeitpunkt des Redaktionsschlusses wieder, ungeachtet etwaiger Eigenbestände in diesen Produkten. Diese Publikation ersetzt nicht die persönliche Beratung. Sie dient nur zu Informationszwecken und gilt nicht als Angebot oder Aufforderung zum Kauf oder Verkauf. Für weitere zeitnähere Informationen über konkrete Anlagemöglichkeiten und zum Zwecke einer individuellen Anlageberatung wenden Sie sich bitte an Ihren Anlageberater.

Wir behalten uns vor, unsere hier geäußerte Meinung jederzeit und ohne Vorankündigung zu ändern. Wir behalten uns des Weiteren vor, ohne weitere Vorankündigung Aktualisierungen dieser Information nicht vorzunehmen oder völlig einzustellen.

Die in dieser Ausarbeitung abgebildeten oder beschriebenen früheren Wertentwicklungen, Simulationen oder Prognosen stellen keinen verlässlichen Indikator für die künftige Wertentwicklung dar.

Die Entgegennahme von Research Dienstleistungen durch ein Wertpapierdienstleistungsunternehmen kann aufsichtsrechtlich als Zuwendung qualifiziert werden. In diesen Fällen geht die LBBW davon aus, dass die Zuwendung dazu bestimmt ist, die Qualität der jeweiligen Dienstleistung für den Kunden des Zuwendungsempfängers zu verbessern.